

Region

Die Baselbieter Gemeindepolitik soll sexy werden

Grüne, FDP und SVP spannen zusammen Immer weniger Menschen wollen sich auf kommunaler Ebene einbringen. Landräte fordern mehr Mitspracherecht für Gemeinden. Sie kritisieren die kantonale «Zentralisierungstendenz».

Benjamin Wirth

Insgesamt 618 Personen haben sich im Februar für einen der 90 Sitze im Baselbieter Landrat beworben. So viele wie nie zuvor. Für die Nationalratswahl segnete die Basis der Mitte ihre Nominierungen letzte Woche im Eiltempo ab. Bei der SP meldeten sich für die sieben Listenplätze neun potenzielle Kandidaten – weshalb unter anderem Juso-Aushängeschild Ronja Jansen auf der Strecke blieb. Und bei der SVP sind es nun sogar elf Personen, die aufs Ticket möchten. Augenfällig ist: Alle wollen in den Landrat. Alle wollen in den Nationalrat.

Gänzlich anders präsentiert sich die Lage auf kommunaler Ebene. Für Mandate in den Gemeinden fehlt den Menschen häufig Zeit und Motivation. Kilchberg und Arisdorf suchten vergangenen Herbst wochenlang nach Personen, die die vakanten Stellen im Gemeinderat neu besetzen. Genauso Oberdorf, Ormalingen oder Diepfingen.

In Eptingen war wegen des Mangels an Nachfolgern nicht mal mehr ein Rücktritt möglich. Und selbst in Bottmingen, einer vergleichsweise grösseren Gemeinde, zeigte die Bevölkerung unlängst nur wenig Interesse für das Exekutivamt (nachdem sich lange niemand gemeldet hat, kommt es nun zur stillen Wahl). Immer weniger Baselbieter wollen sich aktiv in der Gemeindepolitik engagieren.

Mehr Mitspracherecht

Um dem entgegenzuwirken und das Schaffen auf kommunaler Stufe attraktiver zu machen, haben einzelne Landräte von Grünen, FDP und SVP zusammen mehrere Vorstösse ausgearbeitet, die sie morgen einreichen werden. Die Parlamentarier finden, die Tätigkeiten in den Gemeinden seien nicht so professionell wie auf kantonaler Ebene, teils enorm mühsam sowie nur bedingt selbstständig auszuführen. Ihrer Ansicht nach mischt sich der Kanton, also Regierungsrat wie auch Parlament, zu oft und zu extrem in die demokratischen Prozesse der Gemeinden ein.

Laura Grazioli (Grüne) etwa hat drei Vorstösse verfasst. Sie glaubt, dass der Kanton in den vergangenen Jahren dazu neige, den Gemeinden verschiedene Entscheide abzunehmen. «Diese



Dass über 300 Menschen an eine Gemeindeversammlung kommen, wie hier 2021 in Aesch, ist eine grosse Ausnahme. Foto: Nicole Pont

Zentralisierungstendenz sehe ich kritisch. Die kommunale Variabilität und Autonomie ist ein entscheidender Schlüssel unserer direkten Demokratie.» Vom Regierungsrat verlangt sie unter anderem, dass er prüfe, wie die Einwohner bezüglich ihrer Mitwirkungsrechte sensibilisiert würden. Man könne zwar argumentieren, dass es eine Holschuld der Stimmberechtigten gebe. «Die Realität zeigt aber, dass diese Informationen ohne entsprechendes Vorwissen nicht leicht auffindbar sind.» Zurzeit bestünden deshalb gewisse Hemmnisse, sich auf Gemeindeebene aktiv einzubringen, betont Grazioli.

Ähnlicher Meinung ist Stefan Degen, der Freisinnige, der bis vor kurzem selbst als Gemeinderat in Gelterkinden waltete. Gemeinden seien nicht mehr bloss der verlängerte Arm des Kantons, sondern wollten Verantwortung überneh-

men, sagt er. «Sie wollen sich nicht mehr reinreden lassen. Sie möchten mehr Mitspracherecht.» Exemplarisch für den aktuellen Missstand steht der Parlamentsbeschluss von vergangenen Dezember, als der Landrat entschied, Baselbieter Klassenlehrer um eine Stunde zu entlasten. Der Kanton beschloss per Dekret, wie die Gemeinden die Arbeit bei der Führung der Primarschulklassen zu honorieren haben.

Für Degen ein Unsinn. Die beschlossene Massnahme werde mancherorts zwar von Nutzen sein, meint er. Doch in Gelterkinden brauche man sie «überhaupt» nicht, da Klassenlehrer dort anders entschädigt würden als etwa im Unterbaselbiet. «Dennoch zahlen die Gemeinden jetzt riesige Summen dafür. Das ist doch grotesk.» Aber auch bei den Steuerfüssen, die kommunal zwischen 45 und 69 Prozent lie-

gen müssen, sieht der FDP-Mann Änderungspotenzial. Er fragt sich: «Weshalb sollte man bei Bedarf nicht drüber oder drunter gehen dürfen? Das sollten die Gemeinden doch selbst entscheiden können.»

«Nur rund ein Prozent»

Dass der Regierungsrat das Gemeindegesetz erst kürzlich angepasst hat, spielt in den Überlegungen der Parlamentarier nur eine geringe Rolle. Im April letzten Jahres kündigte der Kanton an, den Gemeinden mehr demokratische Instrumente zu geben – so sollen ablehnende Beschlüsse einer Gemeindeversammlung neu etwa dem fakultativen Referendum unterliegen.

Hanspeter Weibel (SVP), Landrat und Präsident der Bottminger Gemeindekommission, entgegnet: «Wir behaupten immer, wir hätten sehr viel direkte De-

mokratie. Doch bei einer Gemeindeversammlung erscheint im Normalfall nur rund ein Prozent der Stimmbewölkerung.» Daran würde auch die Gesetzesrevision nichts ändern. Weibel sagt: «Die Strukturen führen zu einer Abwertung der Demokratie. Das jetzige Gesetz ist untauglich, da nicht alle Bürger in allen Gemeinden über die gleichen Rechte verfügen.» Genau darum geht es in seiner Motion.

Zurückzuführen sind die Bestrebungen der überparteilichen Gruppe auf einen Bericht der Justiz- und Sicherheitsdirektion, die kürzlich auf einen älteren Vorstoss Graziolis antwortete, bei dem es um ähnliche Anliegen ging. Mit den Antworten waren die Politiker nicht zufrieden. Deshalb jetzt der Versuch, das Zusammenspiel zwischen Kanton und Gemeinden in ihrem Sinn zu verbessern.

Nachrichten

Fantasy Basel lockt Filmstars an

Basel Vom 18. bis zum 20. Mai findet die diesjährige Fantasy Basel statt. Fans von Filmen und Serien, Games, Cosplay, Comics, Anime, Manga, Kunst, Tattoo-Art, Mittelalter oder Brettspielen pilgern dann in die Messe Basel. Nun haben die Veranstalter das Line-up der Gäste bekannt gegeben. Mit dabei sind dieses Jahr unter anderem Itziar Ituño, Chuku Modu, MyAnna Buring und Sean Biggerstaff. (kom)

Die FHNW schreibt rote Zahlen

Nordwestschweiz Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) mit Standorten in den Kantonen Aargau, Solothurn und in den beiden Basel sei eine der gefragtesten Fachhochschulen, teilte die FHNW gestern mit. Im vergangenen Jahr schlossen 2396 Studierende mit einem Bachelor ab, 758 erhielten einen Master-Abschluss. Mit insgesamt 3154 wurde die Zahl von 3142 aus dem Vorjahr leicht übertroffen. Nach einem Gewinn von 8,6 Millionen im Vorjahr wies die FHNW für 2022 bei einem Umsatz von rund 500 Millionen Franken einen Verlust von 1,281 Millionen Franken aus. 63 Millionen wurden an Drittmitteln generiert und für 1297 Forschungsprojekte mit Praxispartnern eingesetzt. (SDA)

Horvath verantwortet Frauen-Fussball-EM

Basel Die Basler Regierung hat Sabine Horvath zur Projektleiterin der UEFA Women's Euro 2025 in Basel gewählt, wie das Erziehungsdepartement gestern mitteilte. Sie übernehme diese Aufgabe in ihrer heutigen Funktion als Leiterin der Abteilung Ausserbeziehungen und Standortmarketing im Präsidialdepartement, werde die Abteilungsleitung jedoch bis Ende Jahr schrittweise abgeben. Dies, um sich sich ab 2024 «vollumfänglich der Leitung des Sportgrosanlasses widmen zu können». (SDA)

Ofner und Schmidli neue BLKB-Bankräte

Baselland Der Regierungsrat hat Barbara Ofner und René Schmidli als neue Bankräte der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) für die Amtsperiode 2023–2027 gewählt. Beide ergänzen das strategische Gremium der BLKB mit ihrem Wissen in den Bereichen Banking und Asset Management, Compliance, Corporate Governance sowie Finanzaufsicht. Die fünf bisherigen Mitglieder des Bankrats, die sich zur Wiederwahl stellten, wurden für die kommende Amtsperiode bestätigt. (du)

ANZEIGE

Investieren Sie Seite an Seite mit unserer Eigentümerfamilie

Vorausschauend seit Generationen



Private Banking

Velofahrerin stirbt nach Zusammenprall mit Lastwagen

Unfall am Burgfelderplatz Gestern Morgen kam es zu einer tödlichen Kollision. In Basel leider keine Seltenheit.

Gestern Vormittag ist es am Basler Burgfelderplatz zu einem schweren Verkehrsunfall gekommen. Gemäss bisherigen Ermittlungen der Basler Verkehrspolizei fuhr der Lenker eines Lastwagens von der Burgfelderstrasse her kommend über den Burgfelderplatz in Richtung Spalenring. Die Velofahrerin fuhr rechts neben dem Lastwagen und wurde auf der Kreuzung vom Sattelmotorfahrzeug erfasst und da-

bei tödlich verletzt. Personen, die Angaben zum Unfallhergang machen können, sollen sich bei der Verkehrspolizei melden.

Beim Lenker des Lastwagens wurde eine Atemalkoholprobe durchgeführt, diese ergab einen Wert von 0,0 Promille, wie die Basler Polizei mitteilt. Sie hat eine Blut- und Urinprobe verfügt.

Aufgrund des Unfalls kam es zu diversen Verkehrsbehinderungen im betroffenen Gebiet, der

Tramverkehr der Linie 1 musste eingestellt werden. Auch auf der Linie 3 kam es zu Verkehrsbehinderungen, wie die Basler Verkehrs-Betriebe auf Twitter mitteilten. Die Polizei bat Verkehrsteilnehmende, das betroffene Gebiet zu umfahren.

Die Tatbestandsaufnahme dauerte gestern Nachmittag noch an. Die Behörden konnten die Identität der verstorbenen Velofahrerin noch nicht ab-

schliessend klären. Der genaue Unfallhergang wird von der Verkehrspolizei Basel-Stadt ermittelt.

Immer wieder kommt es in Basel zu tödlichen Unfällen, wie Zahlen aus den Jahren 2016 bis 2021 zeigen. So auch am Luzernerring, wo es oftmals zu Konflikten zwischen Auto- und Velofahrenden kommt. 2021 starb jemand. Das Basler Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) hat ges-

tern angekündigt, ab heute einen Versuch zu starten. Dabei sollen Velofahrendende mehr Platz erhalten. Eine der Autospuren soll nun zur Velospur umsignalisiert werden.

Gegen das Projekt gingen keine Rekurse ein, wie das BVD gestern mitteilte. Der Versuch soll ein Jahr dauern.

Isabelle Thommen und Mirjam Kohler